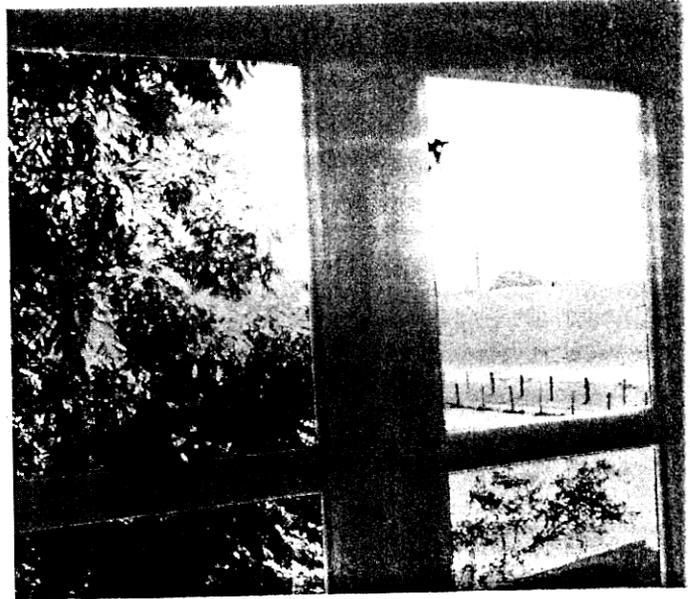


Vom Winde verweht:

# Der grüne Atomausstieg nach einem Jahr Regierungs- beteiligung



Blick vom Haus des Brokdorf-Klägers  
Karsten Hinrichsen auf das AKW

Der folgende Beitrag ist entstanden als Bilanzpapier der Arbeitsgemeinschaft Atomausstieg bei den schleswig-holsteinischen Grünen (Stand: 15. Mai 1997).

Eine ihrer Wurzeln hat die Grüne Partei in der Anti-AKW-Bewegung, deren erklärtes Ziel der Sofortausstieg war und ist. Mit diesem Ziel identifizieren sich die Grünen bis heute. Die Übernahme von Regierungsverantwortung sollte deshalb für Grüne insbesondere mit dem Ziel des Sofortausstiegs aus der Atomenergienutzung verbunden sein. Sie sollte nur dann übernommen werden, wenn darüber das Ziel des Sofortausstiegs (das gleiche gilt für andere Politikfelder) eher zu erreichen ist als aus der Opposition heraus. Dazu ist ein Rahmenkonzept zur Durchsetzung des Ausstiegs zu formulieren und Schritte zu dessen Umsetzung im Koalitionsvertrag festzulegen sowie der organisatorische Rahmen für seine Durchführung zu vereinbaren. Der politische Wille, auf diesem Weg Konflikten (auch mit der SPD) nicht ausweichen zu wollen, und die Mobilisierung der gesellschaftlichen Ausstiegskräfte sind unabdingbare Voraussetzung für einen Erfolg. An dieser Meßlatte werden die Ausstiegsanstrengungen der Grünen nach einem Jahr Regierungsbeteiligung bewertet.

## Grüner Landtagswahlkampf 1995 und 1996

Im Landtagswahlkampf der Grünen spielte die Frage des Atomausstiegs keine Rolle. Unter den grünen ParteipolitikerInnen gibt es kaum noch jemand, der/die sich aktiv für den Ausstieg einsetzt. Die Reste der Anti-AKW-Bewegung betrachten die Grünen ohnehin seit den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GAL in HH (und dem Ausstiegsversagen von rot/grün in Niedersachsen) nicht mehr als Bündnispartner im Kampf gegen die Atommafia. Ein Versuch, dieses gestörte Verhältnis über eine grüne Wahlveranstaltung zu korrigieren, scheiterte daran, daß die Landesgeschäftsstelle keinerlei Möglichkeit sah, dafür Geld locker zu machen.

Im *Grünen Projektreader* wurde der Ausstieg als politische Aufgabe gewertet, es sollte eine Zuspitzung hin zu Stilllegungsverfügungen angestrebt und der gesellschaftliche Ausstiegswille im Lande organisiert werden.

Im Herbst 1995 erschien ein viel beachtetes Strategiepapier vom jetzigen grünen Energiestaatssekretär, Willi Voigt, „Zur Frage der Leukämie in der Elbmarsch ...“, in dem eine Reihe beachtenswerter Ideen zu den Stilllegungsmöglichkeiten einer Landes-

gierung aufgezeigt sind. Von diesem Papier hat Voigt sich zwischenzeitlich distanziert.

Auf einer Pressekonferenz der Grünen zur Atompolitik kurz vor der Landtagswahl brandmarkte Voigt die Ausstiegspolitik des SPD-Energieministers Möller als „*bloße Floskel für Broschüren, Kirchentage und Grußworte*“. Voigt hielt auf Nachfragen der Presse einen Ausstieg innerhalb einer Legislaturperiode für machbar, widerrief diese Aussage aber einige Tage später.

## Koalitionsverhandlungen 1996

Als unumstößliches Ziel für die Verhandlungen wurde zwischen den Mitgliedern der Facharbeitsgruppe Energie der Grünen (der Voigt angehörte) vereinbart, daß der Energieminister und dessen Staatssekretär mit Grünen zu besetzen seien. Daraus wurde während der Gespräche mit der SPD abgeleitet, daß konkrete Stilllegungsschritte nicht unbedingt in den Koalitionsvertrag Eingang finden müßten, weil es ja ein grün-besetztes Energieressort geben würde. Da wären detaillierte Festlegungen nur hinderlich für das angestrebte scharfe Vorgehen beim Ausstieg.

Die SPD hatte (wohl aus anderen Gründen) ebenfalls kein Interesse daran, daß verbindliche Absprachen vereinbart wurden.

Dennoch enthält der Koalitionsvertrag eine Reihe von Handlungsanweisungen, die den Ausstieg voranbringen könnten.

## Koalitionsbeschluß

In einer nächtlichen Krisensitzung einigen sich die Verhandlungskommissionen von SPD und Grünen darauf, daß Claus Möller Energieminister bleibt und Willi Voigt sein Staatssekretär wird, nachdem der designierte grüne Umweltminister Steenblock es abgelehnt hatte, die Leitung der Reaktoraufsicht zu übernehmen. Wie in dieser Konstellation ein Ausstieg möglich werden könnte, war (nach den Erfahrungen in Niedersachsen) von vornherein unklar und zeigt, daß die Grünen nicht ernsthaft daran interessiert waren, ihr Ausstiegsversprechen in einer zukünftigen Landesregierung umzusetzen. Erschwerend kommt hinzu, daß es dem zukünftigen Staatssekretär nicht gelang, seinen Mann des Vertrauens zum Leiter der Atomabteilung zu machen und er (neben einem persönlichen Referenten) keinen einzigen zusätzlichen Mitarbeiter seiner Wahleinstellen durfte. Das Ausscheiden von

Voigt aus der grünen Landtagsfraktion hat diese in Atomfragen erheblich geschwächt: ein geschickter Schachzug der ausstiegsunwilligen SPD. Hinzu kommt, daß die grüne Fraktion es für ausreichend hält, nur eine Drei-Achtel-Mitarbeiterstelle für Energiepolitik zu bezahlen und mit dem Amt eines energiepolitischen Sprechers jemanden betraut hat, der sich bis dahin nicht mit Energiefragen beschäftigt hatte.

## Bewertung der erreichten Rahmenbedingungen für grüne Atompolitik

Gewertet an den während des Wahlkampfes und vor den Koalitionsverhandlungen angestrebten Zielen ist die Ausgangslage für eine erfolgreiche Ausstiegspolitik als äußerst schlecht zu bezeichnen. Weder die strukturellen Rahmenbedingungen noch die personelle Ausstattung sind hinreichend, um mit Aussicht auf Erfolg den Atomausstieg voranzubringen. Um an der Regierungsmacht teilhaben zu können, wurde sogar von den vor den Koalitionsverhandlungen formulierten Minimalforderungen abgewichen. Dies ist Voigt auch bewußt. Beim Koalitionsbeschluß war nicht die Frage, ob damit eine günstige Ausgangssituation für den Ausstieg geschaffen werden kann, ausschlaggebend, sondern letztlich der Wunsch, an der Regierung beteiligt zu sein.

Im folgenden wird an einigen Beispielen dargelegt, daß nicht einmal die sich trotz der schlechten Ausgangslage bietenden Gelegenheiten konsequent genutzt wurden.

## Ausstiegspolitik bis zum grünen Landesparteitag in Husum (November 1996)

Fortan arbeitete der Staatssekretär erklärmaßen als „Amtschef“, der seinem Minister die Drecksarbeit abnahm:

- Dem AKW Brokdorf erteilte er die Anfahr genehmigung nach nur dreiwöchiger Revision, ohne Auflagen zu erteilen, welche die im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfungen der Sprödbruchsicherheit des Reaktor-druckbehälters und bezüglich der Problematik von Wasserstoffexplosionen mit Gefährdung des Sicherheitsbehälters vorbereiten. Derartige Überprüfungen sind bis heute nicht erkennbar.
- Im Prozeß gegen die Dauerbetriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf

beantragte Voigt beim OVG Schleswig, diese nun schon seit 10 Jahren anhängige Klage abzuweisen, ohne auch nur ein einziges Mal darüber mit dem Kläger K. Hinrichsen gesprochen zu haben. Voigt übernahm dabei die Rechtsauffassung der damaligen CDU-Landesregierung, die Brokdorf 1986 ans Netz ließ, und der späteren SPD-Landesregierung, die die CDU-Genehmigung vor Gericht verbissen verteidigt hatte. Mit ihrer uneingeschränkten Unterstützung der Brokdorf-Klage hatten die Grünen in Schleswig-Holstein jahrelang dokumentiert, daß es ihnen mit dem Atomausstieg ernst ist.

- Das AKW Brunsbüttel ließ Voigt mit den alten, rißanfälligen Rohren ans Netz, obwohl das Energieministerium (MFE) eine Genehmigung erteilt hatte, diese auszubauen. Wegen Dringlichkeit war sogar der Sofortvollzug für den Ausbau der Rohre angeordnet worden. Als sich der Betreiber weigerte, ließ Voigt das Wiederanfahren zu, ohne den Ausbau der Rohre durchgesetzt zu haben. Eine eventuelle Klageerhebung von AnwohnerInnen wurde von Voigt dadurch behindert, daß die fragliche Genehmigung erst öffentlich bekannt gemacht wurde, als Brunsbüttel längst wieder am Netz war. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: Die Öffentlichkeit ist bei wesentlichen Änderungen angemessen zu beteiligen. Das MFE bezeichnet den Rohrleitungsaustausch selbst als wesentliche Änderung.
- Es sind auch keine Auflagen bekannt geworden, die Voigt erteilt hätte, um die im Koalitionsvertrag vereinbarten Überprüfungen zur Erdbebensicherheit und zur Druckwellenbelastung umzusetzen. Dieses Zurückweichen von Voigt hat den Betreiber des AKW Brunsbüttel ermutigt, zu erklären, in 1997 überhaupt keine Revision machen zu wollen.

Von einem Dissens zwischen Staatssekretär und Minister wegen des Vorgehens beim Atomausstieg ist bislang nichts bekannt geworden: Offenbar weichen die Ansichten von Voigt als Staatssekretär bezüglich der Möglichkeiten eines landeseigenen Ausstiegs gründlich von denen ab, die er als Wahlkämpfer noch hatte.

## Krümmler geht wieder ans Netz

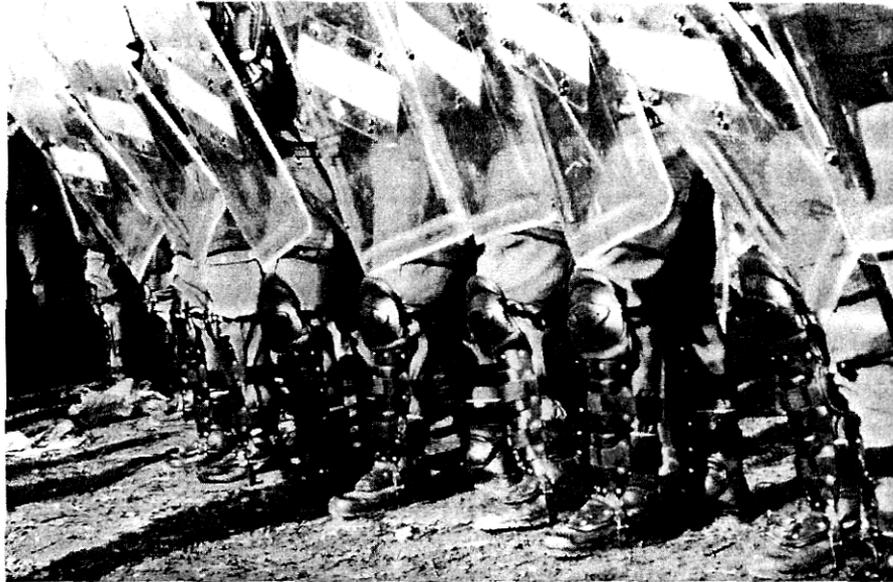
Während des Revisionsstillstands des AKW Krümmel im Herbst 1996 wurden Messungen von radioaktivem Caesium im Regenwasser bei Grünhof bekannt, Monitor berichtete wochenlang über Pfsch am Bau des Reaktor-druckbehälters (RDB), und Voigt mußte zugeben, daß derzeit nicht zweifelsfrei feststünde, daß die Dokumen-

tation über die Fertigung des RDB vollständig vorliegt. Außerdem liegen im RDB Metallsplinter. Darüber hinaus hatte die Klägerin gegen die Verwendung von verkürzten Brennelementen (BE) im AKW Krümmel, Renate Backhaus, ein aufsehenerregendes Urteil beim Bundesverwaltungsgericht erstritten, in dem folgende Fragen aufgeworfen wurden: Scheidet ein Unfall als Ursache für die Leukämiefälle aus? Entspricht die Strahlenschutz-Verordnung noch dem Gebot der Schadensvorsorge? Kann ein Zusammenhang zwischen den Leukämien und dem AKW Krümmel zweifelsfrei verneint werden? Gibt es ein Ermittlungsdefizit des MFE?

Genau dieses Versäumnis hatte Voigt dem Minister Möller in seinem Strategiepapier vom Oktober 1995 vorgeworfen. Jetzt wollte er davon nichts mehr wissen. Er ließ Himmel wieder ans Netz und hat sich bei dieser Entscheidung nur von seinen Fachbeamten beraten lassen. Sachverständiger, der ihm von anderer Seite angedient wurde, lehnte er ab. Eine rechtliche Bewertung durch einen externen Verwaltungsjuristen wurde erst sehr spät in Auftrag gegeben. Von dessen Empfehlung, den Sofortvollzug für den Einsatz der strittigen Brennelemente zu widerrufen, machte Voigt allerdings keinen Gebrauch.

In dieser Situation beschloß der Landesparteitag der Grünen in Husum, „das AKW Krümmel mit allen rechtlichen Mitteln sofort abzuschalten“, was zu nichts verpflichtete. Damit vergab die grüne Parteibasis eine Chance, konkrete Stilllegungsaktivitäten von der Landesregierung einzufordern. Letztlich bestimmte nur die Koalitionsfrage die Diskussion. Denn die SPD hatte schon im Vorfeld des Parteitags der Grünen mit dem Scheitern der Koalition gedroht, falls ein Antrag gegen das Wiederanfahren von Krümmel verabschiedet werden sollte. Im voraussehlenden Gehorsam wollten die Grünen gar nicht erst in die Lage kommen, die SPD davon zu überzeugen zu müssen, Krümmel abgeschaltet zu lassen.

Der ursprüngliche Antrag, „die Zustimmung zum Wiederanfahren von Krümmel zu verweigern“, fand nur die Zustimmung von 40 Prozent der Delegierten. Ein Kompromiß-Antrag, „Krümmel solange vom Netz zu lassen, bis die Ursachen für die Leukämieerkrankungen aufgeklärt und die Sicherheit des Reaktordruckbehälters zweifelsfrei festgestellt sind“, wurde zunächst äußerst knapp abgelehnt. Anschließend kam es zu tumultartigen Zuständen, die im Vorwurf der Abstimmungsmanipulation gipfelten. Mittlerweile hat das Hamburger Parteischiedsgericht entschieden, daß das Abstimmungsergebnis ordnungsgemäß zustande kam.



Die grüne Landtagsfraktion weigerte sich, einen Antrag einzubringen, in dem verlangt wird, keine schleswig-holsteinische Polizei zum Schutz des Castortransportes nach Gorleben zu entsenden. Stattdessen besuchte die Fraktion die schleswig-holsteinischen Polizeikräfte im Wendland und ließ sich über deren „Deeskalationsstrategie“ informieren.

Foto: Wendland 1997

Ohne politischen Rückhalt durch die Grünen hatte die Klägerin Backhaus keine Chance vor Gericht: Das OVG Schleswig wies ihre Klage ab, im wesentlichen mit dem Hinweis, das Energieministerium habe schriftsätzlich vorgetragen, daß es keinerlei Ermittlungsdefizit gäbe. Trotz der ausdrücklichen Aufforderung, auf dem Parteitag einen Sachstandsbericht abzugeben, hatte Voigt sich geweigert, zum brisanten Inhalt dieses Schriftsatzes Stellung zu nehmen.

## Derzeitige Ausstiegsbemühungen

Die grüne Fraktion hat nach dem Krümmel-Desaster einen Unterarbeitskreis Energie eingerichtet, der wöchentlich tagt. Außerdem hat sie einen Stilllegungsfahrplan veröffentlicht, der aber keine Zeiten enthält und von dem bis heute nichts umgesetzt wurde.

Die Grünen Fraktionen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen haben ein monatlich tagendes „Nordlichtertreffen“ verabredet. Ziel ist es, die Energiepolitik abzustimmen und Initiativen für einen Atomausstieg vorzubereiten. Die Arbeit in diesen Gremien ist ineffektiv, die Beschlüsse werden von Fraktion und Staatssekretär als unverbindliche Empfehlungen betrachtet.

Über den Stand der Aktivitäten ist folgendes zu berichten:

① Erfolge zeichnen sich ab bei der Frage, die Entsorgungsrückstellungen der EVUs zu versteuern. Die Vorstudie für die Überprüfung des Reaktordruckbehälters des AKW Krümmel soll im Mai fertig werden. Eine 5,8 Mio. DM teure Fall-Kontroll-Studie, die aber zum Abschalten von Krümmel wenig beitragen kann (u.a. weil dem Auftragnehmer, Prof. Greiser, ein Beirat zur Seite gestellt wurde, in dem die AKW-Befürworter die Mehrheit haben, wofür Umweltminister Steenblock die Verantwortung trägt), wurde vergeben. Die Vergabe eines anlageninternen Gutachtens zur Überprüfung von Krümmel kommt seit einem halben Jahr nicht voran. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte strahlenbiologische Gutachten, dem nach Voigts Auffassung eine zentrale Bedeutung bei der Absicherung eventueller Stilllegungsverfügungen zukommen wird, liegt seit dem Herbst im Konzept vor, und Haushaltsmittel stehen 1997 zur Verfügung. Doch seit April versucht die Reaktorsicherheitsabteilung, die Inhalte des Gutachtens zu verwässern und vorgeschlagene Gutachter zu kippen. Es steht zu fürchten, daß durch Voigts nachgiebige Haltung dieses Gutachten für Stilllegungen wichtige Fragen gar nicht behandelt oder den Sparzwängen ganz zum Opfer fallen wird. Einer Leistungserhöhung für das AKW Brokdorf wurde nicht zugestimmt, wogegen die PreußenElektra Klage erhoben hat. Der Einsatz von Plutonium-Mischoxid-Brennelementen im AKW Krümmel soll erst nach Öffentlichkeitsbeteiligung beschieden werden.



Treckerblockade, Wendland 1997

② Laut Koalitionsvertrag soll eine Informationsstelle für den Atomausstieg geschaffen werden, wofür auch Mittel im Haushalt eingestellt sind. Es gibt zwei unterschiedliche Positionen von Anti-Atom-Initiativen und dem Verein „Eltern für unbelastete Nahrung“ über die Aufgaben der Informationsstelle. Beide haben jedoch übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß allein das Energieministerium für die Infostelle verantwortlich sein soll. Dagegen strebt das MFE eine mit den Initiativen gemeinsam betriebene Infostelle an. Die Einrichtung der Infostelle kommt nicht voran.

③ Seit Herbst 1996 schieben die grüne Fraktion und der grüne Staatssekretär eine

Entscheidung über das Einrichten eines Ausstiegsbeirats vor sich her. Die Landesarbeitsgemeinschaft Energie der Grünen hatte Heiko Ziggel, Bremen, und Karsten Hinrichsen, Brokdorf, gebeten, einen Konzept-Entwurf zu erstellen, in dem Zweck, Pflichten und Rechte sowie die Vergütung der Beiratsmitglieder geregelt sind. Mitglieder des Beirats sollen technischen, naturwissenschaftlichen und juristischen Sachverständigen einbringen und sich dem Atomausstieg verpflichtet fühlen. Der Beirat soll den Staatssekretär bei Stilllegungsaktivitäten unterstützen, Konzeptionen, die zum Ausstieg führen, entwickeln und ihn in atomrechtlichen Aufsichts- und Genehmigungsfragen beraten. Die Fraktion befür-

wortet den Beirat nicht, die Reaktorsicherheitsabteilung lehnt ihn ab, und Voigt sieht darin eine Kontrolle. So wird aus Sicht der „Nordlichter“ eine weitere Möglichkeit vertan, Voigt juristischen und technischen Sachverständigen zur Seite zu stellen, der ihn konzeptionell und anlagenpräzise beraten könnte.

④ Für ein Krümmel-Forum haben die schleswig-holsteinischen Grünen einen Finanzierungsbeitrag von nur 2000 DM zugesagt. Der Bundesparteitag der Grünen im Herbst 1996 (nachdem Krümmel wieder ans Netz gegangen war) hatte von den schleswig-holsteinischen Grünen eine offensive Unterstützung von Bürgerinitiativen und KlägerInnen gefordert und ein wissenschaftliches Symposium beschlossen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Energie der Grünen hat sich für einen Ausstiegs-Kongreß im September 1997 ausgesprochen.

⑤ Die Vergabe von Gutachten, mit deren Hilfe Stilllegungsverfügungen erstellt werden könnten, kommt nur schleppend voran. Nicht vom TÜV abhängige Sachverständige beklagen, daß sie nicht genügend bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden.

⑥ Eine Umorganisation der praktisch arbeitsunfähigen Leukämie-Kommission, die dem Umweltminister untersteht, ist trotz Bitten hochkarätiger Sachverständiger nicht erfolgt. Der Umweltminister läßt es zu, daß Know how, das zu einer Ursachenaufklärung der Leukämieerkrankungen bei Krümmel beitragen könnte, nicht abgefordert wird.

⑦ Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung zugesagt, mit allen energiepolitisch engagierten BürgerInnen und ihren Organisationen zusammenzuarbeiten. Davon ist an der Basis wenig zu spüren. So wird u.a. beklagt, daß die Termine von Castor-Transporten von den schleswig-holsteinischen AKWs zu den Wiederaufarbeitungsanlagen nicht bekanntgegeben werden, was in früheren Legislaturperioden möglich war.

⑧ Die Grüne Landtagsfraktion hat bisher erst zwei Kleine Anfragen zur Atompolitik gestellt. Sie waren gegenüber den von der Arbeitsgruppe Atomausstieg vorgelegten Entwürfen zusammengestrichen und in der Zielrichtung verwässert. Weitere drei Entwürfe für Anfragen wurden bislang nicht bearbeitet. Generell ist zu kritisieren, daß Anfragen vorab mit den zuständigen Ministerien abgesprochen werden. Dies widerspricht der Kontrollfunktion, die das Parlament gegenüber der Regierung ausüben sollte. Es zeugt von mangelndem Demokratieverständnis, wenn Kritik und Kontrolle allein der Opposition überlassen wird.

⑨ Folgende Anträge der Landesarbeitsgemeinschaft Energie bzw. der Arbeitsgruppe Atomausstieg bzw. Parteitagsbeschlüsse, die von der Fraktion im Landtag eingebracht werden sollten, sind nicht gestellt worden:

a. Schleswig-Holstein entsendet keine Polizei zum Schutz der Castortransporte nach Gorleben (stattdessen besuchte die grüne Fraktion die schleswig-holsteinischen Polizeikräfte im Wendland und ließ sich über deren „Deeskalationsstrategie“ informieren).

b. Die Landesregierung macht die Transporttermine von abgebrannten Brennelementen öffentlich (Voigt läßt überhaupt kein Interesse erkennen, die Bürgerinitiativen in diesem Punkt zu unterstützen).

c. Die Wiederaufarbeitung im Ausland wird nicht mehr als Entsorgungsnachweis anerkannt (hier argumentiert Voigt mit der zu geringen Personaldecke in seiner Abteilung).

Es wird ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß zum AKW Krümmel eingesetzt (die grüne Landtagsfraktion verweigerte sich mit dem Hinweis, daß ein PUA doch ein Mittel der Opposition sei).

⑩ Eine Verbreiterung und Bündelung von wissenschaftlichem Sachverstand und die Information der Öffentlichkeit über erkannte Unsicherheitsfaktoren in den AKWs, so stand es im grünen Landtagswahlprogramm 1996, findet nicht statt. Es wurden auch keine Berichte über Aktivitäten der Reaktorsicherheitsbehörde, wie sie die SPD zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit verfaßte, erstellt. Veranstaltungen zur Atompolitik hat es bislang keine einzige gegeben.

## Bewertung der grünen Ausstiegspolitik nach einem Jahr Regierungsbeteiligung

- Von einer Zuspitzung der Ausstiegspolitik hin zu Stilllegungsverfügungen und der dazu erforderlichen gründlichen Überprüfung der AKWs ist nichts zu merken. Das aber war die Strategie, durch die sich die Grünen (nach ihrem Abschied vom Sofortausstieg) von der achtjährigen Nichtausstiegspolitik der SPD unterscheiden wollten.
- Die propagierte Zusammenarbeit mit BürgerInnen und Initiativen zum Aufbau einer gesellschaftlichen Front gegen die AKW-Betreiber findet nicht statt. Die Information der Öffentlichkeit, die als „wesentlich für die glaubwürdige Politik des Atomausstiegs“ bezeichnet wurde, hat noch gar nicht angefangen.
- Eine Einmischung von Partei und Fraktion in die derzeit aktuellen Fragen

der Atompolitik (Wiederaufbereitungsanlagen im Ausland, Zwischenlager an den AKW-Standorten, neue Reaktoren) findet nicht statt. Die Fraktion läßt eine kritische Distanz zu den Ausstiegsfehlhandlungen der Landesregierung vermissen.

- Für das Erstellen eines juristischen Konzepts, über welche rechtlichen und technischen Sachverhalte die Genehmigungen für die AKWs widerrufen werden könnten, gibt es bisher keine Aktivitäten. Schritte zum Aufbau der notwendigen politischen Front wurden nicht organisiert.
- Der Staatssekretär scheint dem Detailwissen seiner Fachbeamten hilflos ausgeliefert zu sein. Warum er sich nicht auch von anderer Seite beraten läßt, ist völlig unverständlich.
- Politische Initiativen gehen von Voigt und Fraktion nicht aus. Vielmehr sind sie darum bemüht, Vorschläge der (Partei-)Basis abzublocken.

Durchweg ist die Aufrechterhaltung des Koalitionsfriedens (auch für den Landesvorstand) oberste Maxime der Akteure. Das war schon beim Koalitionsbeschluß absehbar. Dennoch hat der Landesparteitag der Grünen im Mai 1996 mehrheitlich für eine Regierungsbeteiligung gestimmt.

## Die Ausstiegspolitik der Grünen ist vom Winde verweht

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, daß der grüne Landesvorstand beschlossen hatte, auf dem Parteitag der Grünen am 24. Mai über den Atomausstieg nicht diskutieren zu wollen. Im Gegensatz zum Bundesvorstandssprecher Trittin wollen die Grünen in Schleswig-Holstein im Bestreben, einen harmonischen Parteitag abzufeiern, zu aktuellen (auch bundesweit relevanten) Fragen des Atomausstiegs nicht Stellung beziehen.

Vor der Landtagswahl wurde der Ausstieg im Projektreader zum Grünen Wahlprogramm noch als „politischer Auftrag“ bezeichnet, heute hingegen wird eine ernsthafte Ausstiegspolitik vermieden, weil sie als Konfliktfeld gilt, das störend ist für die Aufrechterhaltung des Koalitionsfriedens. Vom Willen, auf dem Weg zum Atomausstieg den unvermeidlichen Konflikten nicht ausweichen zu wollen, ist schon nach einem Jahr Regierungsbeteiligung nichts übrig geblieben.

Karsten Hinrichsen  
Michael Jendrian  
Mirko Klessig